

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen?

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verfassungsausschuss des preussischen Staatsrates beschäftigte sich gestern mit der Frage, ob die Notverordnung, auf Grund deren die Berliner Stadtverordnetenwahlen vorgenommen wurden, gültig sei. Die bürgerlichen Parteien sollen sich für die Ungültigkeit der Notverordnung ausgesprochen haben. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses schlug Einholung von Rechtsgutachten vor. Der preussische Staatsrat soll in einer Plenarsitzung dazu Stellung nehmen. Von amtlichen Stellen wird aber darauf hingewiesen, daß nach Artikel 55 der preussischen Verfassung nicht der Staatsrat, sondern der Landtag Verordnungen, wie die Notverordnung, zu genehmigen hätte.

Der Berliner Magistrat bleibt sozialistisch.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Freiheit mitteilt, bleibt der Berliner Magistrat in seiner Mehrheit sozialistisch, weil mit dem Bürgermeister Ritter zehn Sozialisten auf 12 Jahre gewählt wurden. Den vier unbesoldeten bürgerlichen Stadträten stehen acht unbesoldete sozialistische Stadträte gegenüber. Es kann sich also bei diesen nur um eine kleine Verschiebung handeln. Die sozialistische Mehrheit im Magistrat bleibt bestehen, selbst wenn an Stelle von vier sozialistischen Stadträten bürgerliche gewählt werden sollten.

Die Separationsbestrebungen in Tirol.

München, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am 13. Oktober fanden in Innsbruck Besprechungen zwischen bayrischen und Tiroler Separatisten statt. Die Münchner Neuesten Nachrichten behaupten, daß es sich dabei lediglich um eine Besprechung von Maßnahmen gehandelt habe, die für die Aufrechterhaltung der Ernährung und Versorgung Tirols im Falle einer Wirtschaftskatastrophe zu treffen seien. Die karlsfelder Wiener Montagzeitung meldet dagegen gestern, daß eine Kommission mit der Tiroler Landesregierung und der Heimatwehrleitung am 13. Oktober verhandelt habe und daß dieser Kommission auch der frühere Münchner Polizeipräsident Böhmner und einige seiner Mitarbeiter angehört hätten. Gegenstand der Beratungen sei die Separation Tirols gewesen. Man habe von einem Anschluß an Bayern oder Deutschland vorläufig Abstand genommen, dagegen im Sinne der Pläne von Dr. Steidle (Führer der Tiroler Heimatwehr) beschlossen, zur Auslösung der selbständigen Republik Tirol zu streben. Die Wahl des Zeitpunktes soll von der Gestaltung der oberösterreichischen Verhältnisse abhängen. Einzelheiten militärischer und administrativer Art wurden für die Aktion sowohl für Bayern als auch für Tirol festgelegt, u. a. wurde beschlossen, als neue Währung die Tiroler Krone einzuführen. Die Münchner Neuesten Nachrichten behaupten, daß die Wiener Werbung den Beratungsgegenstand der Besprechung nicht richtig wiedergebe, sie wagen es aber nicht, die Anwesenheit Böhmners in Innsbruck abzuleugnen. Zum Schluß sagt das Münchner Blatt: „Ob und wann es nötig werden kann, die Unabhängigkeit Tirols zu verkünden, das ist eine Frage, die weniger in Innsbruck als in Wien zu beantworten ist. Daß man im Falle eines Auseinandergehens auch bemüht sein wird, den Tirolern eine bessere Währung zu schaffen, als die österreichische Krone von heute, versteht sich von selbst.“ Mit dieser Schlussbemerkung geben die Münchner Neuesten Nachrichten den aus Wien gemeldeten Tatbestand zu.

Ein bayrischer Adellentag.

München, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand in München der erste bayrische Adellentag statt, der, wie in München üblich, zu einer militärischen, monarchistischen Feier ausgearbeitet wurde. General Graf von DeImensingen hielt eine militärische Rede, Kronprinz Ruprecht sandte aus Ungarn ein Telegramm, Prinz Leopold und Alphonse waren bei der Feier anwesend. Der monarchistische bayrische Kultusminister Dr. Matz durfte natürlich nicht fehlen. Auffällig war, daß auch der bayrische Ministerpräsident Berchthold sich an der Feier beteiligte.

Nationalistische Ausschreitungen in München

München, 18. Oktober. (M.) Am Sonntagnachmittag wurden in Altheimered zwei große Schaufenster des Verlagsgeschäftes der Firma Birk u. Co. (Münchner Post) mit Steinen zertrümmert, ein weiteres Fenster schwer beschädigt. Die Täter sind vermutlich Nationalsozialisten, die in größerer Zahl von der Versammlung im Wagner-Saale aus nach Altheimered marschiert waren.

Ein Reparationsabkommen mit England?

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Daily Mail mitteilt, finden augenblicklich zwischen dem englischen Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung Verhandlungen statt über die Form, in der Deutschland in diesem Jahre seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber England nachkommen soll. Minister Rathenau habe in London den Vorschlag gemacht, die Zahlung der 47 Millionen Pfund Sterling teilweise durch Sachleistungen abzugelten, und dieser Vorschlag bilde den Gegenstand der Besprechungen.

Die Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auch die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses brachte kein Ergebnis. Es steht noch nicht fest, ob die Regierung demissionieren wird, da die bürgerlichen Parteien sich nicht darüber ausgesprochen haben. Ebenso ist auch in der Steuerfrage kein Fortschritt zu verzeichnen, da keine bestimmten Angaben über die Kredithilfe der Industrie vorliegen. Heute wird weiter verhandelt werden.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 17. Oktober. (M.B.) Die nächste Sitzung des Reichstages ist für Donnerstag, den 20. d. M., in Aussicht genommen. Am Donnerstag finden auch eine Sitzung des Reichstages und Sitzungen verschiedener Fraktionen statt.

Der Parteitag der Stinnespartei verschoben.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat, wie der Vorwärts mitteilt, beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politisch-parlamentarische Lage den auf den 24. Oktober in Stuttgart anberaumten Parteitag vorläufig zu verschieben.

Ausperrung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die bürgerlichen Blätter Berlins sind heute nicht erschienen. Es handelt sich um eine Ausperrung von Seiten der Unternehmer als Solidaritätsaktion gegenüber der Firma Mosse, in der einige Tage gestreikt wird. Freiheit, Vorwärts und Rote Fahne sind erschienen.

Aufklärung über den Anschlag auf Stresemann?

Die Stinnesche Telegraphen-Union berichtet aus Lüdenscheid: Nach einer Meldung der Polizeiverwaltung von Lüdenscheid ist es gelungen, den Täter des auf Dr. Stresemann in der Stadthalle von Lüdenscheid anlässlich des dortigen Parteitages der Deutschen Volkspartei erfolgten Anschlags sowie vier Helfer zu verhaften. Es wurden zunächst am 15. Oktober die Mitäter verhaftet, auf deren Spur man durch den Verkauf einer Pistole gekommen war. Aus den Aussagen der Verhafteten hat sich dann ergeben, daß der Attentäter ein gewisser Schmidt ist, der zur Zeit vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls verbüßt. Der Attentäter und seine vier Helfer sind eingetragene Mitglieder der kommunistischen Partei. An dem politischen Charakter des Attentats kann demnach kein Zweifel bestehen.

Der griechische Generalstab in Smyrna.

Konstantinopel, 17. Oktober. Der griechische Generalstab hat nach Meldungen aus Kleinasien seinen Sitz von Eskischir nach Smyrna verlegt. Diese Nachricht scheinen andre Meldungen zu bestätigen, nach denen die Lage der griechischen Armee immer bedrohlicher wird, während Kemal Pascha seine Armee dauernd zu kräftigen imstande sei. Auf die bedrohliche Lage der Griechen in Kleinasien ist wahrscheinlich auch folgende Meldung zurückzuführen:
Athens, 17. Oktober. (M.) Einem Wünsche der griechischen Regierung folgend, hat Vriand durch den griechischen Geschäftsträger in Paris der Athener Regierung mitteilen lassen, er sei bereit, den Ministerpräsidenten Sunaris und den Außenminister Baltazaris in der Zeit zwischen dem 19. und 22. d. M. in Paris zu empfangen. Die beiden griechischen Staatsmänner werden infolgedessen unverzüglich nach Paris abreisen. Sie gedenken sich von dort aus nach London zu begeben und wollen auf der Rückreise kurzen Aufenthalt in Rom nehmen. Die Pariser Reise der leitenden Männer der Athener Regierung steht in engstem Zusammenhang mit dem lebhaftesten Friedenswunsche Griechenlands.

Den Griechen brennt das Feuer unter den Nägeln. Sie suchen den Frieden mit Kemal Pascha, um das zu halten, was sie gegenwärtig noch in ihrem Besitz haben. Dazu haben sie die Vermittlung Frankreichs nötig, das allein imstande ist, auf den Führer der türkischen Nationalisten eine entsprechende Einwirkung auszuüben.

Ein Warnsignal.

Von Rud. Breitscheid.

Das amtliche Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen vom Sonntag liegt noch nicht vor. Die Ziffern, die die verschiedenen Zeitungen bringen, weichen zum Teil sehr stark voneinander ab. Aber es kann sich nichts mehr an der betrübenden Tatsache ändern, daß die sozialistische Herrschaft in Groß-Berlin gebrochen ist. Die bürgerlichen Parteien werden ungefähr 25 000 Wähler mehr auf die Beine gebracht haben, als die drei Arbeiterparteien, und die Zahl ihrer Mandate dürfte die der Sozialisten um 2 bis 5 übersteigen.

Gegenüber den Kommunalwahlen vom 20. Juni 1920 haben die Deutschnationalen sehr beträchtlich und die Rechtssozialisten etwa 50 000 Stimmen gewonnen. Alle anderen Gruppen sind zurückgegangen. Für Unabhängige und Kommunisten läßt sich der Vergleich mit dem Juni 1920 nicht durchführen, weil diese beiden Parteien damals noch zusammen gehörten. Zieht man die preussische Landtagswahl vom 20. Februar 1921 heran, so ergibt sich das folgende Bild:

	Landtagswahl	Kommunalwahl
Unabhängige:	336 013	318 206 (es fehlt noch ein Kreis)
Kommunisten:	100 957	157 013 (es fehlt noch ein Kreis)
Bei den bürgerlichen Parteien gestakkt sich das Verhältnis, wenn wir die für sie günstigsten Ziffern in Ansatz bringen, so:		
	Landtagswahl	Kommunalwahl
Deutschnationale:	345 015	310 693
Deutsche Volkspartei:	305 744	255 962
Wirtschaftspartei:	100 106	88 531
Deutschnationale:	—	27 517
Zentrum:	73 200	61 259
Demokraten:	149 461	122 673
Rechtssozialisten:	431 630	343 947

Als einen Erfolg dürfen wir also buchen, daß von den drei sozialistischen Gruppen die Unabhängigen gegenüber dem Februar dieses Jahres verhältnismäßig am wenigsten eingebüßt haben, und daß ihre Verluste auch hinter denen der Rechtsparteien zurückstehen. Das mag mit dem Görlitzer Beschluß und mit der inneren Zerissenheit der Kommunisten zusammenhängen, aber wir können uns nicht bei diesem Trost beruhigen. Die Arbeiterbewegung als Ganzes hat bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, und es wäre falsch, das zu verheimlichen oder zu beschönigen.

Nur nach den Gründen dürfen wir forschen. Die Bürgerlichen haben eine ungeheure Agitation entfaltet, bei der sie von dem in der letzten Zeit am stärksten wachsenden kapitalistischen Organen Berlins wirksam unterstützt wurde. Es ging ihnen darum, die sozialistische Mehrheit zu beseligen, bevor sie Zeit und Möglichkeit gefunden habe, sich zu bewähren. Alle die Schwierigkeiten, die der Stadt durch den Krieg und seine Folgen erwachsen waren, wurden der „Unfähigkeit“ der Arbeitervertreter und der „Mishwirtschaft“ des Sozialismus in die Schuhe geschoben. Den Angreifern war keine Mühe zu gemein und keine Niederträchtigkeit zu infam, um sie nicht im Kampfe gegen die verhasste Mehrheit zu verwenden. Sie verstanden den Eindruck von einer ungeheuerlichen Korruption in der Kommune zu erwecken, und auf diese Weise viele, die in der Regel den Kommunalwahlen fernbleiben, auf die Beine zu bringen.

Aber auch Arbeiter müssen zu ihnen überlaufen sein. Man hat sie eingefangen, indem man alle Not und alles Elend auf die Sozialisten und auf die Revolution zurückführte. Täuschen wir uns nicht darüber, daß diese Methode auch bei zahlreichen Proletariern und besonders Proletarierfrauen ihre Wirkung nicht verfehlt. Der einfache Hinweis auf die gegenüber 1914 gestiegenen Preise genügt bei Denkfähigen und Denksaulen, um die Sehnsucht nach der Rückkehr der früheren politischen Zustände zu erwecken.

Dabei haben sicher die Kommunalangelegenheiten für den schließlichen Ausgang die geringste Rolle gespielt. Es war in Wirklichkeit eine politische Wahl, und es gab keine Partei, die sie nicht als solche ansah. In den Versammlungen wurde in der Regel weit mehr von den Dingen im Reich, als von den Dingen in Berlin geredet. In Berlin sollte die Probe aufs Exempel gemacht werden, Berlin galt als das Barometer, an dem sich die Stimmung des gesamten deutschen Volkes ablesen ließ.

Wenn die Probe zugunsten der Bürgerlichen und in allererster Linie zugunsten der Deutschnationalen ausgefallen ist, so können diese sich nicht zuletzt beim Völkerverbund räteln in Genf bedanken, dessen Entscheidung kurz vor dem Wahltag bekannt wurde. Die Nationalisten benutzten sie zu einer neuen Hebe gegen das gegenwärtige politische System, und manch einer, der den bürgerlichen Stimmzettel am Sonntag abgegeben hat, wollte nicht sowohl gegen den Berliner Stadtrat, als vielmehr gegen die Wahl, gegen die Berliner Koalition und gegen die Republik protestieren.

In einem Teilabschnitt hat die große Offensive der Reaktion ihre Erfolge errungen. Ihr Mut wird wachsen. Vielleicht hat der Sozialismus die Stärke der Gegner unterschätzt. Sicher hat er bisher nicht alles getan, um ihnen auf dem Felde, auf das sie ihre Kraft konzentrieren, wirksam zu